

Saale-Zeitung.

Anzeigen

werden die Spaltenpreise oder deren
Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit
20 Pfg. berechnet und in der Expedition,
von unten Annoncenstellen und allen
Annoncen-Expeditoren angenommen.
Werktagen die Zeit 75 P.
Erstblatt wöchentlich postfrei;
Sonntags und Montags einmal,
sonst dreimal täglich.
(Der Abdruck unserer Original-Artikel
ist nicht gestattet.)

Bergpreis
Für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei
pünktlicher Zahlung 2,75 M., durch
die Post 3,25 M., auswärts Zusuffen-
schiffe. Bestellungen werden von allen
Nachpostanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Bergpreis
unter Nr. 6378 eingetragen.
Für die Redaktion verantwortlich:
Mag. S. Hare in Halle.
Erscheinenszeit von 10^{1/2} bis 12^{1/2} Uhr.
(Verleger: Redaktion Nr. 2532. — Expedition Nr. 174.)

Hundertdreißigster Jahrgang.

Nr. 368.

Halle a. d. Saale, Donnerstag, den 8. August

1901.

Kanzler und Koterie.

Man haben sie ihn also doch wieder zurückbehalten, ihren
Köller, die Groß-Vorbringer, ihren höchsten Unterstaatssekretär,
den sie, ach so gern, scheiden ließen, als ihn der einflussige Staats-
minister Bismarck bei seiner Ernennung zum deutschen
Reichskanzler zum Reichskanzler ernannt hat, mit sich
entfesselt nach Berlin, um ihn dort auf den Sessel des
deutschen Reichskanzlers zu setzen. Er fand in den
Reichskanzler in dem Hause eines gar schmeicheleichen Herrn, dem
der Konservatismus, und zwar der Siedlerkonservatismus, in
Reich und Blut übergegangen war und diesen Ruf wachte er
auch in Preußen so gut zu befehlen, daß er sich hier fast ein
volles Jahrzehnt im Sattel gehalten hat. Nicht ausschließlich
als Polizeiminister zwar, sondern auch eine Reihe von Jahren
als Oberpräsident von Schleswig-Holstein, doch hat er auch in
dieser Stellung bewiesen, daß er den Polizeistod zu schwingen
versteht und besonders die Dänen haben es spüren müssen, daß
er nicht der Mann, der mit sich spielen läßt. Viel
erreicht hat er zwar nicht mit seiner Anweisungspolitik, aber
trotzdem wird große Freude in ihren Kreisen herrschen, daß der
altenhafte Wille des Monarchen sie von der schweren Hand
abreit hat, die über ihnen wachte. Die armen Reichskanzler
aber, ihnen wäre wahrlich etwas Besseres zu gönnen gewesen,
als daß ihnen die Koterie wieder befehrt wird, die ganz
genau heute schonwagt, wie in die neugierig daher Wagn
ausgehen, verhängnisvoll und ausgedehnt zu werden. Sie haben
sich, das muß ihnen zugestanden werden, rechtliche Mühe
gegeben, der Reichsregierung den Beweis zu liefern, daß es
nicht ohne die Schärfe und Strenge des Disziplinarparagraphen
geht, sie haben diesen Beweis sogar in die angelegentlich
der übervollen Umstände außerordentlich lokale Form der Ver-
willigung eines unvollständigen Zuschnittes für die Wiederherstellung
der Hofhaltungsgüter geteilt und nun diese Entschädigung, so fern
und bitter, wie sie ihnen kaum jemals bereitet worden ist.

Aber die Groß-Vorbringer sind es nicht allein, denen eine
Entschädigung bereitet wird. Wir deuteten vorhin schon an,
daß in der Ernennung Köllers wieder einmal der absolute
Wille des Kaisers in die Entscheidung tritt, der das Revenant
volzig, ohne selbst den Reichskanzler zu befragen oder doch
dessen staatsmännlichen Bedenken gegen die Ernennung von
Köllers Mann zu geben. Graf Bülow soll von der Art der
Belegung des reichskanzlerlichen Staatssekretär-Postens nicht
weniger überaus glücklich gewesen sein, als die meisten Reichskanzler
selbst, die bisher immer noch hoffen, die spontane Bewegung,
die sich schon gegen die Möglichkeit einer Ver-
ernennung Köllers zum Reichskanzler des fast über Nacht in Öffentlichkeit
verbreiteten reichskanzlerlichen Unterstaatssekretärs Büttner
machte, werde ihren Einbruch an der maßgebenden Stelle in
Macht nicht verhindern. Und doch ist, wenn auch die Ernennung
des letzten Bedenken der Reichskanzler das Recht des Kaisers
ist, der Reichskanzler für die Ernennung staatsrechtlich verant-
wortlich und schon aus diesem Grunde wäre es wünschens-
wert, daß völlige Klarheit darüber geschaffen würde, ob denn
der Einfluß des Kanzlers so gering ist, daß er nicht zu ver-
hindern vermochte, daß die reichskanzlerliche Verwaltung in einer
Art und Weise ergänzt wurde, welche den Widerspruch der
gesamten staats- und rechtswissenschaftlichen Bevölkerung muß
und wird. Dies festzustellen wäre von hoher Wichtigkeit, denn
dann wäre zur Zeit der Beweis vorhanden, daß es auch
dem Grafen Bülow, trotz der Energie, die er in manchen
Dingen und zuletzt erst noch bei der Entlassung Müllers in
den Tag legte, nicht gelungen ist, sich im Reiche als wirklich
leitender Minister zu behaupten, ebensowenig, wie er in
Preußen bisher vermocht hat, sich den Einfluß zu sichern, den
er auf die Entscheidung des Monarchen haben muß, wenn
er sein Amt in voller Erkenntnis der Verantwortlichkeit, die
auf ihm als leitenden Staatsmann lastet, verwaltet soll, dann
wäre aber auch, was noch viel wichtiger, vor aller Welt klar,
daß nicht nur die reichskanzlerliche Politik, sondern auch die des
Reiches unter dem Einfluß einer höchsten Koterie steht, die
eben wichtiger ist, als der alte Bekannte des Reiches selbst
und um so gefährlicher, als sie alle Entscheidungen und Ver-
stimmungen der Krone ihrer intrinsiganten Zwecke dienlich zu
machen und für die politische Beule der ihr nahe stehenden
Parteien anzubilden wissen wird.

Wahrnehmungen, die auf das Vorhandensein und die Aus-
dehnung einer solchen Koterie auch in Reichsangelegenheiten hin-
weisen, hat man in den letzten Jahren und ganz besonders in
der neueren Zeit schon mehrfach machen können und müssen.
Wir wollen nur an den unheilvollen Einfluß hinweisen, den
genau hiesige Kreise auf den Kaiser auszuüben vermochten, als er
in Dresden von dem unglücklichsten Wurf eines Epitaphs,
der jetzt vor weiteren unbewiesenen Thaten im Zusammenhang
gehehrt ist, getroffen wurde, ein Einfluß, der sich in mancherlei
Weise und Weisungen des Monarchen kundgab und nahezu
dafür spricht, daß eine Kollision zwischen Kaiser und
Bülow eintret, für die jene hiesige Unterthanen-Ligue nur zu
gut den Boden zu bereiten gewohnt hat. Was sie dabei zu
erreichen hoffe, ist zu bekannt, als daß es noch besonders er-
wähnt zu werden braucht, und es ist nicht zum geringsten den
Warnungen und Aufforderungen der geschickten, der liberalen
Presse zu danken, wenn der Reichskanzler, der schmerz-
lich-moderischen Wünschen der „Post“, „Kronzeitung“, „tutti quatuor“,
für deren Erfüllung die Alexander-Rede so schöne Anzeichen
eröffnete, legislativische Gestalt zu geben. Auch das Schicksal
des Disziplinarparagraphen läßt erkennen, daß sich zwischen dem Kaiser
und dem Kanzler ein Einfluß gebildet hat, dessen Überwin-
dung dem Grafen Bülow bisher nicht gelungen ist und
allen Anstrengungen auch kaum gelingen dürfte, wenn
er noch länger zögert, den unheimlichen und unerwarteten
Einfluß der Koterie den Boden abzugraben, denselben abzugeben,
beim es gelang, für Herrn v. Köller in Straßburg den Platz

frei zu machen, indem sie, wiederum sehr gegen den Willen des
Kanzlers, und wie man wissen will, sogar gegen den des
Staatskabinetts, den Staatssekretär v. Büttner zum beiseitigen
wüßten, obgleich dieser es trefflich verstanden hätte, der
wichtigen Veranlassung der Reichskanzler den Boden zu ebnen.
Es kam angeht, daß diese Ereignisse dem in sich kann
nimmer nehmen, daß Herr Köllers Eignung keine
Neigung mehr hat, in Straßburg Eignung das Argument zu
stützen, und wenn es gefehlt hätte, daß im Straßburger Kaiser-
parkett dem Grafen Bülowe bereits der Platz bereit würde,
so ist das ganz gewiß mehr als eine bloße Konjektural-
über. Wie dem auch sein mag: Graf Bülow hat alle Ver-
anlassung, der Zwischenregierung anmerken auf die Finger
zu schauen, sonst könnte er eines solchen Tages am Ende
seiner Kanzlerperiode stehen, die so wiedererwähnt be-
dang, aber dieser leidet nur wenig erfüllt von dem, was
alles sie verrijt. Sch.

Deutsches Reich.

Gesetz- und Verordnungsblätter.

* Prinz S. E. richtete seine Reise am 2. d. M. nach
„Gela“ in Westpreußen und sich mit einem Exkurs der
Reisebahn sofort über Berlin und Potsdam nach Deutsch-
land und Preußen. In Westpreußen der Prinz vom Marine-
minister im Namen der Regierung begrüßt werden.

Deutschlands Interesse an der Bagdad-Bahn.

In einem Aufsatz über Babylonien führt Dr. P. Nothmann
Berlin im August-Heft der Zeitschrift „Jahrbuch“, daß es
eine sehr unüberwindliche und weitverbreitete herabsetzende
Anschauungsweise ist, wenn von „deutscher Kolonialpolitik“ in
Mesopotamien“ und dergl. gesprochen werde. Deutschlands
Interesse an Mesopotamien ist nicht am besten ge-
wahrt, wenn die türkische Autorität in jenen Gegenden nicht
Möglichkeit geföhrt und wenn das Land dem Verkehr und damit
dem Ausbau erschlossen werde. Deutsche Erwerbsgesellschaften
sind von der Bewässerung des dortigen Ackerlandes große
materielle Vorteile haben; Deutschlands Getreide, Baumwollen-
und Wollewaren können von dort aus zum großen, wenn nicht
zum größten Teil in sicherer und stetiger Weise exportiert werden.
Die eigentliche politische Bedeutung der Bagdad-Bahn und der
in ihrem Gefolge zu erwartenden Regeneration der Kultur werde
die finanzielle und damit militärische Erleichterung der Türkei sein.
Die Bagdad-Bahn, die von der türkischen Regierung allerdings
in jedem Falle gefördert werden müsse, sei auf die eine oder die
andere Weise wichtiger zu beschaffen. Schon nach der Wieder-
bebauung des nördlichen Teiles des Euphrat werde sich die
bisherige Ertrags- der Gewässer von dort um mindestens
20 Mill. M. belaufen. Dazu kommt dann noch die gleiche
Summe an Reis gegen die jetzigen Einkünfte aus Nordmeso-
potamien, wo die kulturellen und zivilisatorischen Vorbedin-
gungen in überhaupt nicht möglich sein. Mit der Verneigung
der Bevölkerung steigen aber natürlich alle anderen Staats-
einnahmen gleichfalls in entsprechender Weise, und es ist keine zu
sichne Voraussetzung, wenn man annimmt, daß die Türkei ein
Wirtschaftsland nach Vollendung der Eisenbahn an materiel-
lich-militärischer Stoff- und Widerstandskraft auf den doppelten Wert
gegen heute erheben können wird. Das aber kann für die
deutschen Interessen im Orient nur als äußerst erwünschte
Sache sein. So sehr wir uns vom stillschweigenden Standpunkte aus
daran legen muß, daß manche allen nationalen und weltlichen
Gefühl hobelpredenden Zustände und Ereignisse auf türkischen
Boden aufrufen, und so wenig sich eine türkische Reichs-
politik auf die Dauer moralisch und damit überhaupt rechtserfassen lassen
wird, wenn sie nicht am letzten Ende auch in dieser Beziehung
zu erweiterten Pflichten führt, so unbedingt gilt für uns der
Satz: Eine starke Türkei ist für Deutschland ein Nutzen, eine
schwache ein Schaden. — Es ist klar, daß die Türkei aber das
deutsche Staatswohl nach außen hin, desto eher ist zu er-
warten, daß Ereignisse wie die türkischen Ereignisse der
90er Jahre nicht wieder vorzukommen werden, denn sie waren in
ihren Gründen nichts anderes als ein Ausbruch des türkischen
Schwachsinnigkeits, der Verstoßung aus dem inneren Zusammenhalt
und die äußere Unfähigkeit des Reiches. Auch in dieser
Beziehung wird die Erbauung der Bagdad-Bahn einen starken
Anschub bringen. Die Stellung der Türkei wird Anstand
gegenüber eine wesentlich andere sein, wenn auch das VI. Armeekorps
(Garnisonstadt Bagdad) für einen zufünftigen anstößigen
Kriegsgegenstand verfügbar ist und selbst Teile der in Syrien
garnisonierenden Truppen per Bahnantransport herangezogen werden
können. *

Ein interessantes Urteil über Bismarck.

Der „Nordwärts“ wie die „Neue Zeit“ veröffentlichen gleich-
zeitig Gedächtnisartikel an Bismarck in Verbindung mit dem
Reichskanzler des Todesjahres das verstorbenen sozialdemo-
kratischen Führers. Am Schlusse des von August Bebel verfaßten
Artikels im „Nordwärts“ heißt es u. a.: „Nichtrecht stand als der
Rechte von den vier Großen, die die Partei im Leben
erlebte und für die Achtung haben, sein Name wird unan-
fechtlich im Gedächtnis des deutschen Proletariats fortleben.“
Die vier Großen, die die Sozialdemokratie im Leben riefen,
sind nach allgemein sozialdemokratischer Anschauung Marx,
Engels, Kautsky und Liebknecht. Ueber das
Verhältnis nun, in dem die beiden letzteren zu einander
standen, enthält die „Neue Zeit“ in der „Neuen Zeit“
von Robert Schwegel u. a. folgende interessante Ver-
merkmale:
„Nichtrecht hatte Kautsky schon in London persönlich kennen
gelernt; dennoch überlegte er in Berlin einige Monate, ehe er
sich an Kautsky anschloß, und es ist nicht zu bezweifeln, daß er
nicht auf dem besten Fuß stand und auch die weitere Entwick-
lung demselben nicht mehr brachte, wenn er sich gleich von ihm

bestimmen ließ, allerdings unter Gewähr voller Freiheit des
Scheidens, Mitglied des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-
vereins zu werden. Schon die Charakterverhältnisse
hätten beiden Männern erlaubt, sich, Kautsky vor ein
Arbeitsfeld des Reiches und ein Feld zu öffnen, wo er
wohlwohnte hätte, liebede sich gleich und abtun
gerade den Verbrauch ein, der ihm entzündet wurde.
Nichtrecht war von einer geradezu letzten Verzichtserklärung;
er war einfach in Genuß, Frieden, Kleidung, Wohnung, möchte
sich wie zur Hausfrau machen, noch wollte er sich halben
sichern lassen. Dazu kam anderes. Es hatte Kautsky nicht
gefallen, daß Kautsky als alles Mitglied des Kommuni-
stischen Bundes sich in fortwährend demokratisches Jahressumme
in die großpreussische Republikationsbewegung des Jahres 1899
hinein verlor. Noch weniger gefiel ihm dessen Kom-
pliment vor dem Reichskanzler in der Präfaz: Die
Arbeiterfrage und das Christentum. Nichtrecht und seine
Bonboner Freunde mochten über den vornehmlichen Sozialis-
mus, der in Kautsky's Arbeiterprogramm und seinen höchsten
Prinzipien auf die Frage trat, hinweggehen. Sie mochten
seine Maximalen unterlassen, obgleich sein revolutionärer
Sozialismus sich auf Deutschland einwirkte, während der
übrige International war. Aber das Bedenkliche war, daß
er von Bismarck's Schwelgereien erlangten, sich bereit gelagte, diesen durch die „Arbeiterkassette“ in
seiner Absicht zu unterlegen, die Sozialistenspartei an die
Hand zu binden. Er bildete sich ein, mit Bismarck als
Macht zu Recht unterhandeln und ihn nach dem gemein-
sam erlangten Siege seine Bedingungen diktieren zu können. So
oft Nichtrecht in seinen Gesprächen mit Kautsky auf diesen
Punkt kommen wollte, wich er ihm aus.“
Das Urteil des Reichskanzlers der „Neuen Zeit“ über Kautsky
scheint demnach — übrigens in Übereinstimmung mit vielen
anderen sozialdemokratischen Politikern — von dem Reichskanzler nicht
uninteressant abzuweichen.

Politisches.

* Dem Grafen Waldersee widmet die „Kön. Ztg.“ einen
affinösen Gedächtnisartikel „Zur Zeit“; der auf die
Tatzen abgesehen ist, der Waldersee sehr wohl nicht mit den
gläubigen Lesern eines Gelehrten, aber doch als Lieber-
wunder zu finden. Das Blatt geht auf das unter dem Vorzeichen
des Grafen Waldersee die einzelnen Kontingenzen, die von den
deutschen Staatsbürgern abzuheben Freiheit der Bewegung
hatten, daß Graf Waldersee jedem Volk nur die liberale
Form steh und auch im Verkehr mit den diplomatischen Be-
reiteren seine Eigenart eines diplomatischen Genuß auf die Geltung
brachte. Ferner weist der Artikel darauf, daß geschicklichen
mit einflussreichen Delegationen oder Herren Länder, große Listen
von Reichstagen, und schließlich das Zusammenfinden der
Abwärtswände von Germanen, Japanern, Romanen und
Sclaven wohl nicht dem Weltbürger allein eine aus-
gebreitere Aufgabe gewesen wären, als die Überwindung der
täglichen Anforderungen einer diplomatisch-militärischen
Kleinart. „Schwieriger jedoch und nach Lage der Dinge
auch dankbarer und erproblicher war die letztere Aufgabe.“
An der Art ihrer Lösung ist nicht anzuhängen. „Es ist ge-
rechnet, gekostet und geschont worden, alles in den Grenzen der
Möglichkeit.“ Diese klägliche Zurückhaltung nicht westlichen
in wohlwundernde Weise ab von den überhöchlichen Hofmonarchen
der Abwärtswände, die sich noch immer gebenden, als habe man
in China hoffentlich Folge fortgesetzt.

* Da die Reichsregierung hertörrig wohl gegenüber
den Wünschen, Wünschen und Wünschungen der Zoll-
erhebungsgegner, wie das leider die heute morgen mit-
geteilte offizielle Ankündigung der im Ministerium des Innern
revidierten „Verf. Korz.“ noch zum Überflüssigen berichtet, so wird
es — einmal abgesehen von anderen Faktoren des öffentlichen
Lebens — Sache der einzelnen Bundesregierungen sein,
Sorge dafür zu tragen, daß der Zollakt nicht über
Kante gebracht und mit der Anhebung von Sachverhältnissen
nicht voreilig Schritt gemacht wird. Die Pflicht der öffentlichen
Meinung ist es dabei, die Einzelregierungen in dieser Beziehung
ständig auf diese unumgängliche Pflicht hinzuweisen und ihnen
immer und immer wieder daran zu erinnern, was das Volk braucht und
was ihm schadet. So bedenklich liegt die Möglichkeit der
Kontingenzen Konferenzen von Landvolken, Zuhilfenahmenden
Konferenzen zur Verfügung über den veröffentlichen Zollakt
entwurf anzunehmen, und die Agrarier legen ihren höchsten
Parteilagen bereits in den Ohren. Sie sollen der höchsten
Regierung „reinen Wehn einschicken“ und sie über die Stellung
und die Wünsche der bayerischen Landvolkrechtlich ausbreiten
und zuverlässig unterrichten, da der veröffentliche Entwurf den
Wünschen der höchsten Landvolkrechtlich in keiner Weise entspricht.“
Dieser Ton, in dem das Berliner Agrarprogramm mit der
höchsten Regierung umspricht, ist sehr auffällig und geht zu
Belastigungen allen Anlaß, insofern wollen wir noch hoffen, daß
die höchste Regierung ihrerseits nicht verfehlen wird, falls
wichtigliche Gegenstände bezart dreite Anforderungen
stellen sollten, wie sie die „Dritte Tagesztg.“ andeutet, diesen
Sorgen „reinen Wehn einschicken.“ Aus Sachgen selbst wird
zu dieser Konferenz mitgeteilt:

Wenn die höchste Regierung bei den beschriebenen Kon-
ferenzen die Teilnehmer und den beschriebenen Gewerks-
kämpfern nach deren Bedeutung für das gemeinsame sachliche
Wichtigkeitsstellen zumutend, so kann kein Zweifel sein,
wie über diesen Zollakt entschieden werden wird. Sollten
Rechtler der arbeitenden Klassen nicht mit hinzugezogen
werden, was jedoch bei der Bedeutung der Zollsetzung für
die Haushaltungsbudget der Arbeiter zu bedauern wäre, da
deren wichtige Interessen im öffentlichen Sinne des Reiches zur
Berührt werden, so werden die Vertreter der Industrie diese
Interessen zu den Tisgen machen müssen. Unter diesen Ge-
sichtswinkel betrachtet, wird sich hoffentlich kein Arbeiter
finden, dem das Wohl der von ihm beschalteten Personen und
deren Familien angelegen ist, der geplanten Erhöhung der
Lebensmittelpreise zuzustimmen, und der sich erboten würde,
daß die höchste Regierung außer der höchsten Deputierten
konferenzen von Handel und Gewerbe auch die in Sachen des

